

Besondere Vertragsbedingungen

A.1. Grundlagen des Vertrages

- (1) In Ergänzung zu den Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Leipziger Gruppe (Leipziger AEB) gelten diese besonderen Vertragsbedingungen für alle Leistungen gemäß Leistungsphasen der HOAI und alle frei definierten Leistungen i. S. von Fachplanungen und Beratungsleistungen.
- (2) Bei Widersprüchen im Vertrag gelten nacheinander in absteigender Geltungsreihenfolge:
 1. die Bestimmungen dieses Vertrages einschließlich seiner folgenden Anlagen
 - die Leistungsbeschreibung (Leistungsverzeichnis und Projektbeschreibung inkl. Anlagen)
 - die Besonderen Vertragsbedingungen
 - die Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Leipziger Gruppe (Leipziger AEB) vom 01.01.2024, Modul A "Allgemeines" und Modul C "Architekten- und Ingenieurleistungen"
 2. die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) der bei Vertragsschluss geltenden Fassung, soweit auf sie in diesem Vertrag verwiesen wird. Die Vertragspartner stellen klar, dass für die Vergütung der nach Vertragsschluss abgerufenen Grundleistungen die HOAI in der zum Zeitpunkt des jeweiligen Abrufs geltenden Fassung anzuwenden ist. Die Konkretisierungen in der Leistungsbeschreibung haben Vorrang vor den Regelungen der HOAI
 3. die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB), insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§ 650p ff. BGB)
 4. die auf das Vorhaben anwendbaren gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen und Auflagen jedweder Art, insbesondere die in der Leistungsbeschreibung (Projektbeschreibung) benannten
 5. die zum Abnahmezeitpunkt anerkannten Regeln der Technik/Baukunst, einschließlich aller für die Realisierung des Bauvorhabens einschlägigen Richtlinien und Normen, insbesondere die in der Leistungsbeschreibung (Projektbeschreibung) benannten
- (3) Im Zusammenhang mit der Maßnahme gelten die Regelungen der Vertraulichkeitsvereinbarung (Anlage A01 zu den BVB).

A.3. Leistungsdurchführung

- (1) Verbindliche Fristen nach A.3.7. sind:
 - Beginn technische Planung: am 02.02.2026
 - alle weiteren Fristen: gemäß Rahmenterminplan (Anlage A02 zu den BVB).
- (2) Soweit Leistungen des Auftragnehmers zu einer wesentlichen Änderung des vertraglichen oder gesetzlichen Honorars führen werden, sind die entsprechenden Leistungen erst nach Information des Auftraggebers und dessen Zustimmung auszuführen.
- (3) Die Pflicht des Auftragnehmers gemäß A.3.11. AEB zur Auskunft über den Leistungsgegenstand betreffende Dokumente, die der Auftragnehmer beschafft oder erstellt hat, gilt auch nach Abnahme der Leistung, unabhängig von einer etwaigen Kündigung des Vertrages oder etwaig bereits eingetretener Verjährung von Mängel- oder Zahlungsansprüchen.
- (4) Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesen Beteiligten vereinbarten Termine/Fristen.
- (5) Der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet.

- (6) Als Sachwalter seines Auftraggebers darf der Auftragnehmer keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Der Auftragnehmer darf im Zusammenhang mit den im Vertrag bezeichneten Leistungen keine Leistungen für Dritte bzw. andere Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Maßnahme erbringen, es sei denn, der Auftraggeber stimmt ausdrücklich in Textform zu.
- (7) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Ausführung beauftragte Unternehmen oder gegen fachlich Beteiligte bzw. gegen ihn selbst ergeben können. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber bei der Geltendmachung seiner Ansprüche gegen Dritte zu unterstützen; die Geltendmachung erfolgt durch den Auftraggeber.
- (8) Den Auftraggeber bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf der Auftragnehmer nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- (9) Die Entgegennahme von Änderungsaufträgen von Dritten ist nicht zulässig. Das gilt auch für Nachunternehmer / Unterauftragnehmer des Auftragnehmers. Dritte sind an den Auftraggeber zu verweisen, da dieser die finanziellen, inhaltlichen und fördermittelbezogenen Auswirkungen bewerten und abwägen muss.
- (10) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiter sowie etwaige Nachunternehmer / Unterauftragnehmer und/oder deren Mitarbeiter hinsichtlich der Ihnen übertragenen Leistungen auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547), geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches (StGB) nachweislich verpflichtet und auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hingewiesen wurden, wenn sie Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen oder Zugang zu verwaltungsinternen Vorgängen erlangen. Die Personen sind gleichermaßen nachweislich über den Inhalt der Strafvorschriften des Strafgesetzbuches

- § 133 (Verwahrungsbruch)
- § 201 (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes)
- § 203 (Verletzung von Privatgeheimnissen)
- § 204 (Verwertung fremder Geheimnisse)
- § 331 (Vorteilsannahme)
- § 332 (Bestechlichkeit)
- § 333 (Vorteilsgewährung)
- § 334 (Bestechung)
- § 335 (Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung)
- § 353 b (Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht)
- § 358 (Nebenfolgen)

zu unterrichten und darüber zu belehren, dass die Strafvorschriften aufgrund der Verpflichtung auf sie anzuwenden sind.

- (11) Die Parteien vereinbaren, dass die im vorliegenden Vertrag aufgeführten Mitarbeiter für die Erbringung der beauftragten Leistungen verantwortlich sind und über die erforderliche fachliche Qualifikation verfügen müssen. Im Falle eines Mitarbeiterwechsels sind sowohl die fachliche Qualifikation als auch die Berufserfahrung der neuen Mitarbeiter nachzuweisen und bedürfen der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- (12) Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer die Auswechslung eines Mitarbeiters zu verlangen, wenn das Vertrauensverhältnis aus vom Mitarbeiter zu vertretenden Gründen gestört ist. Der Auftraggeber kann darüber hinaus eine Ergänzung des Personals durch geeignete Fachleute verlangen, wenn die eingesetzten Mitarbeiter nicht in ausreichendem Maße eine rechtzeitige Planung gewährleisten.

A.5. Eigentums- und Nutzungsrechte

- (1) Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes anhören.
- (2) Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform.

A.6. Vergütung

- (1) Die Vergütung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung inkl. der Nebenkosten erfolgt entsprechend dem geprüften Angebot respektive der Bestellung.
- (2) Die Vergütung zusätzlicher Leistungen auf Stundenbasis erfolgt nach den gesondert vereinbarten Stundensätzen.

- (3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Verlangen Auskunft über die Honorarermittlung für die vertragliche Leistung zu geben. Aus der Honorarermittlung müssen folgende Ansätze nachvollziehbar erkennbar sein:
- Grundleistungshonorar (z. B. als Tabellenhonorar oder als Produkt aus Zeiteinsatz und Stundensatz)
 - Sämtliche Zu- und Abschläge (z. B. für Nachunternehmer, besondere Aufwendungen etc.)
 - Nebenkosten und sonstige Kosten (z. B. Gebühren).

A.7. Nebenkosten

- (1) Anstelle der Regelungen nach A.7. AEB gelten die Regelungen nach § 14 HOAI.
- (2) Die Kosten für Vervielfältigungen von Zeichnungen und schriftlichen Unterlagen beschränken sich auf das in der Leistungsbeschreibung (Projektbeschreibung) angegebene Maß.
- (3) Kein Bestandteil der Nebenkosten sind auftragsbezogene Gebühren und Rechnungen öffentlicher Träger (Ämter und Behörden) und Dritter (Prüfinstitutionen, Versorgungsunternehmen u. dgl.). Diese Kosten werden gesondert auf Nachweis vergütet. Gleiches gilt für Vervielfältigungen, die über das unter (2) benannte Maß hinausgehen.

A.8. Rechnungslegung und Zahlung

- (1) Zusätzlich zu den Anforderungen nach A.8.1. sind Rechnungen ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen und in jeweils einfacher Ausfertigung an den Auftraggeber zu übermitteln. Abschlagsrechnungen sind fortlaufend zu nummerieren.
- (2) Der Rechnungsbetrag ist in der Rechnung gemäß Honorargliederung des Vertrages prüfbar darzustellen.
- (3) Ergänzend zur Regelung nach A.8.4. gilt, dass Abschlagszahlungen gemäß Bearbeitungsstand gestellt werden können.
- (4) Abweichend zu den Regelungen nach A.8.4. werden Zahlungen innerhalb von 30 Tagen in voller Höhe fällig.
- (5) Bereits fertige und in einer Abschlagsrechnung nachgewiesene Leistungsteile dürfen in den folgenden Abschlagsrechnungen zusammengefasst dargestellt werden. Die Übersichtlichkeit darf dadurch nicht leiden.
- (6) In der Schlussrechnung sind zusätzlich die Abschlagszahlungen einzeln netto aufzuführen. Die Umsatzsteuer für den Restbetrag ist je gesondert auszuweisen. Soweit Leistungen schon in einer Teilschlussrechnung erfasst sind, sollen sie zusammengefasst wiedergegeben werden.
- (7) Rechnungen mit Änderungen im Zahlenwerk dürfen nur eingereicht werden, wenn auch die ursprünglichen Angaben lesbar sind.
- (8) In dem Fall, dass eine Rechnung nur in Teilen prüffähig ist, kann der Auftragnehmer die Zahlung eines unbestrittenen Guthabens verlangen, das unter Berücksichtigung eventueller Voraus- und Abschlagszahlungen bereits feststeht.
- (9) Die Prüffrist für Rechnungen verlängert sich auf höchstens 60 Tage, wenn dies aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale des Vertrags sachlich gerechtfertigt ist und dies von den Parteien für den konkreten Einzelfall gesondert vereinbart wurde. Die Regelung des § 641 BGB bleibt unberührt.
- (10) Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist nach A.8.4 bzw. (11) abgelaufen ist, ohne dass der Auftraggeber substantiierte Einwendungen gegen die Prüffähigkeit vorgebracht hat. Ist die Rechnung nur teilweise prüffähig, beginnt die Verjährung der Honorarschlussrechnung grundsätzlich erst mit Überreichen einer insgesamt prüffähigen Schlussrechnung.
- (11) Rechnungen haben mindestens folgende Angaben zu berücksichtigen:
- Auftragnehmer
 - Auftraggeber
 - Planungsvorhaben
 - Bestellnummer
 - Bezeichnung der Rechnung (Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung)
 - Nr. der Abschlagsrechnung, Teil-/Schlussrechnung
 - den zu zahlenden Betrag (netto und brutto)
 - Abrechnungssumme (netto und brutto).

A.9. Gewährleistung und Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Vorschriften. Er hat insbesondere auch den Schaden an der baulichen Anlage wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen die anerkannten Regeln der Technik zu ersetzen.

- (2) Leistungen, die schon während der Ausführung als mangelhaft oder vertragswidrig erkannt werden, hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten durch mangelfreie zu ersetzen. Die Verjährung beginnt auch in diesen Fällen erst zum Zeitpunkt der Abnahme, bei nicht erfolgter Mängelbeseitigung mit Zugang der Kündigungserklärung beim Auftragnehmer.
- (3) Der Auftragnehmer haftet für sämtliche Rückzahlungsverpflichtungen des Auftraggebers gegenüber dem Fördermittelgeber im Falle einer Pflichtverletzung seitens des Auftragnehmers, die zur Rückzahlung von gewährten Fördermitteln führt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche Beträge zu erstatten, die der Auftraggeber an den Fördermittelgeber erstatten muss, einschließlich aller Zinsen, Strafen und sonstigen anfallenden Kosten. Hierfür gilt keine Haftungsbegrenzung des Auftragnehmers nach Deckungssummen.
- (4) Soweit eine Vertragspartei von einem Dritten für einen Schaden in Anspruch genommen wird, den die andere Vertragspartei zu tragen hat, kann sie verlangen, dass die andere Vertragspartei sie von der Verbindlichkeit gegenüber dem Dritten befreit. Sie darf den Anspruch des Dritten nicht anerkennen oder befriedigen, ohne der anderen Vertragspartei vorher Gelegenheit zur Äußerung gegeben zu haben.

A.11. Subunternehmer

- (1) Die für die Erbringung der Leistungen benannten Nachunternehmer / Unterauftragnehmer müssen die erforderliche Eignung und berufliche Qualifikation nachweisen. Die erforderliche berufliche Qualifikation ist in der Regel eine abgeschlossene Fachausbildung als Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master an Universitäten oder Fachhochschulen oder eine vergleichbare Berufserfahrung auf dem Fachgebiet der zu erbringenden Teilleistungen.
- (2) Entsprechen die Leistungen des Nachunternehmers / Unterauftragnehmers trotz Beanstandung durch den Auftraggeber nicht den vertraglichen Anforderungen, kann der Auftraggeber seine Zustimmung zur Beauftragung widerrufen mit der Folge, dass der Auftragnehmer die Leistung des Nachunternehmers / Unterauftragnehmers selbst übernehmen muss oder mit Zustimmung des Auftraggebers einen anderen Nachunternehmer / Unterauftragnehmer mit der Leistung beauftragt.

A.12. Rechte Dritter

Für die Verletzung gewerblicher Schutzrechte haftet im Verhältnis der Vertragsparteien zueinander der Auftragnehmer allein, wenn er selbst das geschützte Verfahren oder die Verwendung geschützter Gegenstände angeboten oder wenn der Auftraggeber die Verwendung vorgeschrieben und auf das Schutzrecht hingewiesen hat.

A.15. Arbeits- und Gesundheitsschutz

- (1) Bei Arbeiten im Bereich von Gleisen sind die Betriebsanweisungen des Auftraggebers zwingend einzuhalten. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zuge seiner Planungsarbeiten und Leistungen für die Bauablaufplanung insbesondere die Festlegungen der Dienstanweisung Straßenbahn Teilheft 4, Punkt 32 „Baustellensicherheit“ und die zugehörige Anlage 19 zu beachten und umzusetzen.
- (2) Alle erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Sicherung gegen Gefahren aus dem Straßenbahnbetrieb bei Arbeiten im Bereich von Gleisen hat der Auftragnehmer für seine Mitarbeiter und seine Erfüllungsgehilfen nach den für den Auftraggeber jeweils geltenden Unfallverhütungsvorschriften der Bauwirtschaft und des ÖPNV ohne besondere Aufforderung auf seine Kosten zu treffen. Schutzvorkehrungen des Auftraggebers bleiben unberührt. Der Auftragnehmer hat sich beim Auftraggeber ggf. über weitere geltende Unfallverhütungsvorschriften zu informieren.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine insbesondere auf Bahngebiet tätigen Mitarbeiter und alle anderen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistungen bedient, jeweils vor Aufnahme ihrer Arbeiten so zu belehren, dass sie über die nach Lage des Falls in Betracht kommenden Unfallgefahren sowie über die Abwehr dieser Gefahren ausreichend unterrichtet sind.
- (4) Der Auftragnehmer muss die genannten Personen anhalten, die Anweisungen der überwachenden und der mit dem Betriebsdienst beauftragten Stellen des Auftraggebers zu befolgen. Zuwiderhandelnde hat er sofort von der Arbeitsstelle zu entfernen.

A.19. Kündigung und Rücktritt

- (1) Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, diesen Vertrag durch schriftliche Mitteilung gegenüber dem Auftragnehmer zu kündigen, wenn der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Mängelbeseitigung nicht in angemessener Frist nachkommt. Die Kündigungserklärung wird mit Zugang beim Auftragnehmer wirksam. Das Kündigungsrecht des Auftraggebers berührt nicht das Recht, Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

A.21. Schlussbestimmungen

Streitfälle berechtigen den Auftragnehmer nicht, die Arbeiten einzustellen.

C.1. Leistungsgegenstand

- (1) Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer die in der Leistungsbeschreibung (Leistungsverzeichnis und Projektbeschreibung) beschriebenen Leistungen.
- (2) Die Beauftragung erfolgt **stufenweise**. Leistungsstufen, die der Auftraggeber nicht nach (3) mit der ersten Leistungsstufe beauftragt, stehen unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Auftraggeber sie gemäß (4) und (5) abrufen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen zu beschränken.
- (3) Zunächst wird der Auftragnehmer wie folgt beauftragt:

Leistungsstufe 1: Leistungsphasen 1 bis 2

- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, dem Auftragnehmer durch entsprechenden Abruf weitere Leistungsphasen zu übertragen. Der Auftraggeber geht dabei derzeit von folgenden weiteren Leistungsstufen aus:

Leistungsstufe 2: Leistungsphasen 3 und 6

Die Leistungsphase 7 erbringt der Auftraggeber selbst.

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber zur Vermeidung von Störungen im Planungsablauf rechtzeitig auf die Notwendigkeit des Anschlussabrufs hinzuweisen. Bei der Entscheidung über den Abruf der weiteren Leistungsstufen kann der Auftraggeber berücksichtigen, ob nach Maßgabe der bisherigen Planungsergebnisse die Einhaltung des Budgets gewährleistet ist.

- (5) Der Abruf weiterer Leistungsstufen bedarf der Schriftform. Für die jeweils nachbeauftragten Leistungen gelten dieselben Vertragsbedingungen.
- (6) Ein Rechtsanspruch des Auftragnehmers auf die Beauftragung nachfolgender Leistungsstufen besteht nicht. Außerdem kann der Auftragnehmer aus einer stufenweisen Beauftragung keine Erhöhung seines Honorars herleiten. A.1 (2) Nr. 2 Satz 2 BVB bleibt unberührt.
- (7) Abweichend zur gesetzlichen Regelung nach § 650q i. V. m. § 650b BGB kann der Auftraggeber weitere Leistungen oder eine Änderung der Leistung anordnen, wenn die Parteien binnen 14 Tagen nach Zugang des Änderungsbegehrens beim Auftragnehmer keine Einigung darüber erzielen.

C.2. Abnahme

- (1) Abnahmen können formell oder konkludent erfolgen.
- (2) Bei formeller Abnahme ist das Ergebnis der Abnahme nach gemeinsamer Verhandlung in einem Protokoll festzuhalten; im Protokoll sind vorhandene Mängel festzustellen und die vertraglichen Erfüllungsansprüche vorzubehalten. Jede Partei erhält eine Ausfertigung des Protokolls.
- (3) Die Abnahmewirkungen treten auch ein, wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer in Textform erklärt, dass er die Leistungen des Auftragnehmers als vertragsgemäß anerkennt.

C.3. Vergütung

- (1) Als verbindliche Abrechnungsbasis für die Leistungsphasen 1 bis 2 gilt die Kostenschätzung der Vorzugsvariante aus der Vorplanung, für die Leistungsphasen 3 bis 6 die Kostenberechnung der Entwurfsplanung.
- (2) Geringfügige und unwesentliche Änderungen der Planung, deren Zeitaufwand sich im Rahmen üblicher Optimierungen hält, werden nicht zusätzlich vergütet. Gleiches gilt für eine bloße Fortschreibung der Ausgangsplanung.
- (3) Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die anzurechnende Vergütung bei Planungsfehlern, Baunachträgen, die auf Planungsfehler oder nicht erbrachte Leistungen zurückzuführen sind.